

No. 37267

**Austria
and
Czech Republic**

**Treaty between the Republic of Austria and the Czech Republic on mutual assistance
in the event of disasters or serious accidents. Vienna, 14 December 1998**

Entry into force: 1 November 2000 by notification, in accordance with article 17

Authentic texts: German and Czech

Registration with the Secretariat of the United Nations: Austria, 13 February 2001

**Autriche
et
République tchèque**

**Traité entre la République d'Autriche et la République tchèque concernant
l'assistance réciproque en cas de catastrophes ou d'accidents graves. Vienne, 14
décembre 1998**

Entrée en vigueur : 1er novembre 2000 par notification, conformément à l'article 17

Textes authentiques : allemand et tchèque

Euregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Autriche, 13 février 2001

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**VERTRAG
ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TSCHECHISCHEN
REPUBLIK ÜBER DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN
ODER SCHWEREN UNGLÜCKSFÄLLEN**

Die Republik Österreich
und

die Tschechische Republik

(weiter nur „Vertragsparteien“) sind von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gegenseitigen Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen überzeugt und haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Gegenstand

Dieser Vertrag regelt Bedingungen für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, die auf Ersuchen der in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden der jeweils anderen Vertragspartei durch Einsätze von Hilfsmannschaften, von einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen, von Material oder Informationen gewährt werden sollen.

Artikel 2

Begriffsbestimmung

„Katastrophe oder schwerer Unglücksfall“

ein bereits eingetretener oder unmittelbar drohender außerordentlicher, teilweise oder völlig außer Kontrolle geratener, zeitlich wie räumlich begrenzter Zwischenfall, der im Zusammenhang mit dem Betrieb technischer Einrichtungen, zerstörenden Naturkräften, Umgang mit gefährlichen Stoffen und ihrem Transport entsteht und zu einer Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Mensch und Tier, Bedrohung der Umwelt, Gefährdung des Eigentums, bedeutenden wirtschaftlichen Verlusten oder ökologischen Beeinträchtigungen führen kann, und zu dessen Bewältigung die eigenen Kräfte der betroffenen Vertragspartei nicht ausreichen;

„Hilfersuchender Staat“

diejenige Vertragspartei, deren in Artikel 3 Absatz 1 genannte Behörden die andere Vertragspartei um Hilfeleistung ersuchen;

„Hilfeleistender Staat“

diejenige Vertragspartei, deren in Artikel 3 Absatz 1 genannte Behörden einem Ersuchen der anderen Vertragspartei um Hilfeleistung stattgeben;

„Hilfsmannschaften“ oder „einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen“

Person(en), die der hilfeleistende Staat zur Hilfeleistung bestimmt;

„Ausrüstung“

das Material, insbesondere technische Geräte, die Verkehrsmittel und die Rettungshunde für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf;

„Hilfsgüter“

Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung auf dem Gebiet des hilfersuchenden Staates bestimmt sind.

Artikel 3

Zuständigkeiten

- (1) Die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfersuchen zuständigen Behörden sind:
- auf der Seite der Republik Österreich:
 - der Bundesminister für Inneres;
 - die Niederösterreichische Landesregierung;
 - die Oberösterreichische Landesregierung;
 - auf der Seite der Tschechischen Republik:

das Innenministerium.

(2) Die beiden Vertragsparteien geben einander auf diplomatischem Wege die Adressen und Fernmeldeverbindungen der im Absatz 1 genannten Behörden bekannt.

(3) Die in Absatz 1 genannten Behörden der beiden Vertragsparteien sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Vertrags unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

Artikel 4

Art und Umfang der Hilfeleistung

(1) Die Hilfe kann durch den Einsatz von Hilfsmannschaften oder einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen, wobei Art und Umfang der Hilfeleistung im Zuge des Hilfeersuchens zwischen den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden abgesprochen werden.

(2) Der Transport von Hilfsmannschaften oder einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen, Ausrüstung und Hilfsgütern kann auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg erfolgen.

Artikel 5

Grenzübertritt und Aufenthalt

(1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft können die Staatsgrenze ohne Reisedokumente passieren und sich auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates während des Zeitraumes der Hilfeleistung ohne Sichtvermerk und ohne Aufenthaltsgenehmigung aufhalten. Der Leiter der Hilfsmannschaft hat auf Verlangen ein seine Stellung oder seinen Auftrag bezeugendes Dokument und eine Namensliste der Angehörigen der Hilfsmannschaft vorzuweisen.

(2) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft und die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen benötigen für ihre Tätigkeit im Rahmen einer Hilfeleistung auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei keine Beschäftigungsbewilligung.

(3) Bei besonderer Dringlichkeit können die Angehörigen einer Hilfsmannschaft die Staatsgrenze auch außerhalb der Grenzübergangsstellen überschreiten. In diesem Fall ist ein für die Grenzüberwachung zuständiges Organ unverzüglich davon zu unterrichten.

(4) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind berechtigt, auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates Uniform zu tragen, sofern dies zu ihrer üblichen Ausrüstung gehört. Die Hilfsmannschaft des hilfeleistenden Staates ist berechtigt, auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates an ihren Fahrzeugen ihre eigenen Warnzeichen zu benutzen.

Artikel 6

Grenzübergang der Ausrüstung und der Hilfsgüter

(1) Die Vertragsparteien erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstung und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontrollorganen des hilfeersuchenden Staates beim Grenzübertritt lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstung und Hilfsgüter zu übergeben. Erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübertritt außerhalb von Grenzübergangsstellen, ist dieses bei erster Gelegenheit einer zuständigen Zollstelle zu überreichen.

(2) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen dürfen außer der Ausrüstung und Hilfsgütern keine anderen Waren mitführen. Schußwaffen und Munition dürfen auf das Gebiet des hilfeersuchenden Staates nicht mitgeführt werden.

(3) Auf Ausrüstung und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Soweit die Ausrüstung nicht verbraucht oder zerstört wird, ist sie wieder auszuführen. Wird Ausrüstung als Hilfsgut zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörde des hilfeersuchenden Staates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt.

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 3 finden auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotropen Substanzen in den hilfeersuchenden Staat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den hilfeleistenden Staat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Substanzen. Suchtgifte und psychotrope Substanzen dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei eingesetzt werden, der die Hilfsmannschaft oder die zur Hilfeleistung entsandte Person angehört. Die verbrauchten

Suchtgifte und psychotropen Substanzen werden der Verbrauchsstatistik des hilfeleistenden Staates zugerechnet.

(5) Bei Gegenseitigkeit werden die Vertragsparteien die Ausrüstung im hilfeersuchenden Staat ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung zur abgabefreien vorübergehenden Verwendung zulassen und diese sowie Hilfsgüter frei von allen Zöllen, Steuern und sonstigen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht oder zurückgelassen wurden.

Artikel 7

Einsätze von Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 4 Absatz 2, sondern auch unmittelbar für Hilfeleistungen eingesetzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Gebiet der anderen Vertragspartei aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, ihr Gebiet überfliegen und auch außerhalb von Flugplätzen mit Grenz- und Zollkontrolle und genehmigten Flugfeldern landen und starten können.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei einem Hilfeinsatz ist der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei im voraus mit Angaben über Art des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Landeort und voraussichtliche Landezeit mitzuteilen.

(4) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften der Vertragsparteien und die beiderseitig vereinbarte Vorgangsweise für den Grenzüberflug anzuwenden. Der jeweilige Flugplan hat einen Hinweis auf diesen Vertrag zu enthalten.

Artikel 8

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Leitung der Rettungsarbeiten und Hilfe obliegt den Behörden des hilfeersuchenden Staates.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Staates werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, welche die Art der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die Behörden des hilfeersuchenden Staates leisten den Hilfsmannschaften oder einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates Schutz und Hilfe.

Artikel 9

Einsatzkosten

(1) Der hilfeleistende Staat hat gegenüber dem hilfeersuchenden Staat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust der Ausrüstung entstehen. Der hilfeersuchende Staat trägt die Kosten der Hilfeleistungen durch natürliche und juristische Personen, die der hilfeleistende Staat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt.

(2) Den Hilfsmannschaften und den einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates wird während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Staat auf dessen Kosten im Bedarfsfall logistische, einschließlich medizinischer Hilfe gewährt.

Artikel 10

Schadenersatz und Entschädigung

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen zustehenden Ansprüche auf Ersatz von

- a) Vermögensschäden, die von einer zur Hilfeleistung bestimmten Person im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages verursacht worden sind;
- b) Schäden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod einer zur Hilfeleistung bestimmten Person im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages beruhen.

Dies gilt nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.

(2) Wird durch eine zur Hilfeleistung bestimmte Person des hilfeleistenden Staates im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages im Gebiet des hilfeersuchenden Staates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der hilfeersuchende Staat für den Schaden nach Maßgabe der Rechtsvorschriften, die im Fall eines durch eigene zur Hilfeleistung bestimmte Personen verursachten Schadens Anwendung finden.

(3) Der hilfeersuchende Staat hat keinen Regressanspruch gegen den hilfeleistenden Staat oder dessen zur Hilfeleistung bestimmte Personen. Hat aber die zur Hilfeleistung bestimmte Person des hilfeleistenden Staates einem Dritten einen Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig zugefügt, so kann der hilfeersuchende Staat einen Regressanspruch gegen den hilfeleistenden Staat geltend machen.

(4) Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten gemäß ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften eng zusammen, um die Erledigung von Schadenersatz- und Entschädigungsansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 11

Evakuierte Personen

(1) Die Bestimmung des Artikels 5 Absatz 1 und 3 gelten sinngemäß auch für Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall evakuiert werden müssen.

(2) Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Evakuierte und deren Begleiter in das Gebiet der anderen Vertragspartei gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige Hilfe. Der hilfeersuchende Staat erstattet die Kosten dieser Hilfe und der Rückführung dieser Personen.

(3) Jede Vertragspartei ist verpflichtet, Evakuierte und deren Begleitpersonen, die von seinem Gebiet auf jenes der anderen Vertragspartei gelangt sind, wieder aufzunehmen. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige der wiederaufnehmenden Vertragspartei sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Übertritt der Staatsgrenze unterstellt.

Artikel 12

Fernmeldeverbindungen

Die in Artikel 3 Absatz 1 dieses Vertrages genannten Behörden beider Vertragsparteien werden alle notwendigen Maßnahmen durchführen, um eine sichere Verbindung zwischen den Behörden und den Hilfsmannschaften am Einsatzort zu gewährleisten.

Artikel 13

Beendigung der Hilfeleistung

Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen müssen ihre Tätigkeit unverzüglich einstellen, wenn dies die in Artikel 3 Absatz 1 angeführten Behörden verfügen, ansonsten beenden sie ihre Tätigkeit nach ihrer Aufgabenerfüllung. Danach müssen die Hilfsmannschaften und die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen unverzüglich das Gebiet des hilfeersuchenden Staates verlassen.

Artikel 14

Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere:

- a) bei der Vorbereitung von Hilfeleistungen;
- b) zur Vorbeugung und Minderung der Folgen von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, indem sie Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Treffen, Forschungsprogramme, Fachkurse und Übungen von Hilfeinsätzen auf dem Gebiet beider Vertragsparteien vorsehen;
- c) zum Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die entstehen und sich auch auf das Gebiet der anderen Vertragspartei auswirken können; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die laufende Übermittlung von Meßdaten.

(2) Für gemeinsame Übungen sowie für Hilfeleistungen im Rahmen der herkömmlichen Nachbarschaftshilfe gelten die Bestimmungen dieses Vertrages sinngemäß.

Artikel 15

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Vertrags, die nicht unmittelbar durch die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden beigelegt werden können, werden von den Vertragsparteien auf diplomatischem Wege bereinigt.

Artikel 16

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsparteien bleiben unberührt.

Artikel 17

Schlußbestimmungen

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(3) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; in diesem Falle tritt er sechs Monate ab dem Tage des Eintreffens der Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN ZU Wien am 14. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Karl Schlögl

Für die Tschechische Republik:

Václav Grulich

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

SMLOUVA

**MEZI RAKOUSKOU REPUBLIKOU A ČESKOU REPUBLIKOU O VZÁJEMNÉ
POMOCI PŘI KATASTROFÁCH NEBO VELKÝCH HAVÁRIÍCH**

Rakouská republika

a

Česká republika

(dále jen „smluvní strany“) jsouce přesvědčeny o outnosti spolupráce na úseku vzájemné pomoci při katastrofách nebo velkých haváriích se dohodly takto:

Článek 1

Předmět

Tato smlouva upravuje podmínky dobrovolného poskytování pomoci při katastrofách nebo velkých haváriích, která má být poskytována na žádost orgánů druhé smluvní strany uvedených v článku 3, odstavci 1 formou nasazování záchranných jednotek, jednotlivých osob vyslaných za účelem poskytnutí pomoci, zasílání materiálu nebo poskytováním informací.

Článek 2

Vymezení pojmů

„Katastrofa nebo velká havárie“ – již nastalá nebo bezprostředně hrozící, mimořádná, částečně nebo zcela neovladatelná, časově a prostorově ohraničená událost, která vzniká v souvislosti s provozem technických zařízení, ničivým působením přírodních sil, zacházením s nebezpečnými látkami a jejich přepravou a která může vést k ohrožení života nebo zdraví lidí a zvířat, ohrožení životního prostředí a majetku, ke značným ekonomickým ztrátám nebo ekologické újmě a na jejíž řešení nepostačují vlastní síly postižené smluvní strany;

„stát žádající o pomoc“ – ta smluvní strana, jejíž orgány uvedené v článku 3 odstavci 1 žádají druhou smluvní stranu o poskytnutí pomoci;

„stát poskytující pomoc“ – ta smluvní strana, jejíž orgány uvedené v článku 3 odstavci 1 vyhovějí žádosti druhé smluvní strany o poskytnutí pomoci;

„záchranné jednotky“ nebo „jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci“ – osoba (osoby), kterou (které) stát poskytující pomoc určí k poskytnutí pomoci;

„vybavení“ – materiál, zejména technické přístroje, dopravní prostředky a záchranní psi určené k zásahu, jakož i prostředky pro vlastní potřebu;

„prostředky pomoci“ – předměty, které jsou určeny k bezplatnému předání postiženému obyvatelstvu na území státu žádajícího o pomoc.

Článek 3

Kompetence

(1) Orgány příslušné pro předkládání a přijímání žádostí o pomoc jsou:

- na straně Rakouské republiky Spolkové ministerstvo vnitra,
Dolnorakouská zemská vláda,
Hornorakouská zemská vláda;
- na straně České republiky Ministerstvo vnitra.

(2) Obě smluvní strany si vzájemně oznámí diplomatickou cestou adresy a telekomunikační spojení orgánů uvedených v odstavci 1.

(3) Orgány obou smluvních stran uvedené v odstavci 1 jsou zmocněny vstupovat při provádění této smlouvy do bezprostředního vzájemného styku.

Článek 4

Druh a rozsah pomoci

(1) Pomoc může být poskytována formou nasazení záchranných jednotek nebo jednotlivých osob vyslaných za účelem poskytnutí pomoci, zasláním prostředků pomoci nebo jiným vhodným způsobem, přičemž druh a rozsah pomoci dohodnou orgány uvedené v článku 3 odstavci 1 v rámci žádosti o pomoc.

(2) Přeprava záchranných jednotek nebo jednotlivých osob vyslaných za účelem poskytnutí pomoci, vybavení a prostředků pomoci může být uskutečněna po zemi, letecky nebo po vodě.

Článek 5

Překračování státních hranic a pobyt

(1) Členové záchranné jednotky mohou překračovat státní hranice bez cestovních dokladů a zdržovat se na území státu žádajícího o pomoc po dobu poskytování pomoci bez víza a bez povolení k pobytu. Vedoucí záchranné jednotky musí na požádání předložit doklad prokazující jeho postavení nebo pověření a jmenný seznam členů záchranné jednotky.

(2) Členové záchranné jednotky a jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci nepotřebují pro svou činnost při poskytování pomoci na území druhé smluvní strany povolení k zaměstnání.

(3) V obzvláště naléhavých případech mohou členové záchranné jednotky překračovat státní hranice i mimo hraniční přechody. V tomto případě je nutno neprodleně informovat příslušný orgán ochrany státních hranic.

(4) Členové záchranné jednotky jsou na území státu žádajícího o pomoc oprávněni nosit uniformu, pokud to patří k jejich běžnému vybavení. Záchranná jednotka státu poskytujícího pomoc je oprávněna používat na území státu žádajícího o pomoc na svých vozidlech svá vlastní výstražná znamení.

Článek 6

Převoz vybavení a prostředků pomoci přes státní hranice

(1) Smluvní strany usnadní dovoz a vývoz vybavení a prostředků pomoci. Vedoucí záchranné jednotky je povinen při překročení státních hranic předat orgánům hraniční kontroly státu žádajícího o pomoc pouze soupis převáženého vybavení a prostředků pomoci. Jestliže ve zvlášť naléhavých případech dojde k překročení státních hranic mimo hraniční přechody, je nutno tento soupis předat příslušnému celnímu orgánu při nejbližší příležitosti.

(2) Členové záchranné jednotky nebo jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci nesmí kromě vybavení a prostředků pomoci převážet žádné jiné zboží. Sítelné zbraně a střelnivo nelze na území státu žádajícího o pomoc převážet.

(3) Na vybavení a prostředky pomoci se nevztahují zákazy a omezení platná pro přeshraniční pohyb zboží. Pokud nebude vybavení spotřebováno nebo zničeno, je třeba ho opět vyvézt zpět. Bude-li vybavení ponecháno v místě jako prostředek pomoci, je zapotřebí oznámit jeho druh a množství, jakož i místo zanechání, orgánu státu žádajícího o pomoc uvedenému v článku 3 odstavci 1, který o tom bude informovat příslušný celní orgán.

(4) Ústanovení odstavce 3 se použijí i v případě dovozu omamných a psychotropních látek do státu žádajícího o pomoc a opětovného vývozu nespotebovaného množství do státu poskytlujícího pomoc. Tento pohyb zboží se nepovažuje za dovoz a vývoz ve smyslu mezinárodních úmluv týkajících se omamných a psychotropních látek. Omamné a psychotropní látky je přípustné dovážet pouze v množství odpovídajícím naléhavým zdravotnickým potřebám a aplikovat je může pouze kvalifikovaný zdravotnický personál v souladu s právními předpisy té smluvní strany, k níž záchranná jednotka nebo osoba vyslaná za účelem poskytnutí pomoci náleží. Spotřebované omamné a psychotropní látky se zaznamenávají do spotřebních statistik státu poskytlujícího pomoc.

(5) Ve státě žádajícím o pomoc propustí smluvní strany vybavení na základě reciprocity do režimu dotasného použití s úplným osvobozením od cla, a to bez formálního řízení a složení jistoty a osvobodí ho, stejně jako prostředky pomoci, od všech cel, daní a ostatních dovozních poplatků, pokud budou spotřebovány nebo zanechány v místě.

Článek 7

Používání letadel

(1) Letadel lze použít nejen pro rychlou přepravu záchranných jednotek podle článku 4 odstavce 2, ale i bezprostředně při poskytování pomoci.

(2) Každá smluvní strana připustí, aby letadla vypravovaná z území druhé smluvní strany podle odstavce 1 mohla přelétávat její území a přistávat a startovat i z jiných míst než z letišť s pohraniční a celní kontrolou a povolených přistávacích a startovacích ploch.

(3) Použití letadel při poskytování pomoci je třeba předem oznámit příslušnému orgánu druhé smluvní strany s uvedením údajů o druhu letadla, posádce, nákladu, místě a předpokládané době přistání.

(4) Pokud z odstavce 2 nevyplyne nic jiného, použijí se právní předpisy platné pro letecký provoz smluvních stran a oboustranně dohodnutý postup pro přelet státních hranic. Příslušný letový plán musí obsahovat odkaz na tuto smlouvu.

Článek 8

Koordinace a řízení

(1) Koordinace a řízení záchranných prací a pomoci přísluší orgánům státu žádajícího o pomoc.

(2) Pokyny záchranným jednotkám státu poskytlujícího pomoc se adresují výlučně jejich vedoucím, kteří pak nařídí svým podřízeným způsob jejich provedení.

(3) Orgány státu žádajícího o pomoc poskytují ochranu a pomoc záchranným jednotkám nebo jednotlivým osobám vyslaným za účelem poskytnutí pomoci ze státu poskytlujícího pomoc.

Článek 9

Náklady na poskytování pomoci

(1) Stát poskytující pomoc nemá vůči státu žádajícímu o pomoc žádný nárok na úhradu nákladů vynaložených při poskytování pomoci. Toto platí i v případě nákladů vzniklých spotřebováním.

poškozením nebo ztrátou vybavení. Stát žádající o pomoc nese náklady na poskytnutí pomoci fyzickými a právníckými osobami, kterou stát poskytující pomoc na požádání pouze zprostředkuje.

(2) Záchraným jednotkám a jednotlivým osobám vyslaným za účelem poskytnutí pomoci ze státu poskytujícího pomoc zajistí stát žádající o pomoc v případě potřeby po dobu jejich působení na jeho území na vlastní náklady logistickou pomoc, včetně lékařské pomoci.

Článek 10

Náhrada škod a odškodnění

(1) Každá smluvní strana se vzdává vůči druhé smluvní straně nebo osobám určeným k poskytnutí pomoci (touto smluvní stranou všech svých nároků na náhradu:

- a) majetkových škod, které byly způsobeny některou z osob určených k poskytnutí pomoci v souvislosti s plněním jejího úkolu.
- b) škod spočívajících v tělesné újmě, poškození zdraví nebo smrti některé z osob určených k poskytnutí pomoci v souvislosti s plněním jejího úkolu.

To neplatí, byla-li škoda způsobena úmyslně nebo z hrubé nedbalosti.

(2) Způsobí-li osoba ze státu poskytujícího pomoc určená k poskytnutí pomoci v souvislosti s plněním svého úkolu na území státu žádajícího o pomoc škodu třetím osobám, odpovídá za škodu stát žádající o pomoc podle těch právních předpisů, kterých by bylo použito v případě škody způsobené vlastními osobami určenými k poskytnutí pomoci.

(3) Stát žádající o pomoc nemá regresní nárok vůči státu poskytujícímu pomoc nebo osobám určeným k poskytnutí pomoci ze státu poskytujícího pomoc. Způsobí-li však osoba určená k poskytnutí pomoci ze státu poskytujícího pomoc škodu třetí osobě úmyslně nebo z hrubé nedbalosti, může stát žádající o pomoc uplatňovat regresní nárok vůči státu poskytujícímu pomoc.

(4) Orgány smluvních stran budou v souladu se svými vnitrostátními právními předpisy úzce spolupracovat, aby usnadnily vytizování nároků na náhradu škody a nároků na odškodnění. Budou si zejména vyměňovat veškeré jim dostupné informace týkající se případů škod ve smyslu tohoto článku.

Článek 11

Evakuované osoby

(1) Ustanovení článku 5 odstavců 1 a 3 platí přiměřeně také pro osoby, které musí být při katastrofě nebo velké havárii evakuovány.

(2) Osobám, které se v důsledku katastrofy nebo velké havárie dostaly na území druhé smluvní strany jako evakuované osoby a jejich doprovod, bude poskytnuta nutná pomoc až do okamžiku, než nastane možnost co nejdřívejšího návratu. Stát žádající o pomoc uhradí náklady na tuto pomoc a návrat těchto osob.

(3) Každá smluvní strana je povinna převzít zpět evakuované osoby a osoby je doprovázející, které se dostaly z jejího území na území druhé smluvní strany. Pokud se bude jednat o osoby, které nemají státní občanství smluvní strany, jež je přebírá zpět, mají tyto osoby stejný cizinecký status jako před překročením státních hranic.

Článek 12

Telekomunikační spojení

Orgány obou smluvních stran uvedené v článku 3 odstavci 1 této smlouvy provedou veškerá nutná opatření, aby zajistily spolehlivé spojení mezi těmito orgány a záchranými jednotkami v místě jejich nasazení.

Článek 13

Ukončení pomoci

Záchranné jednotky nebo jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci musí svou činnost neprodleně zastavit, jestliže tak nařídí orgány uvedené v článku 3 odstavci 1, jinak ukončí svou činnost po splnění svého úkolu. Poté musí záchranné jednotky a jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci neprodleně opustit území státu žádajícího o pomoc.

Článek 14

Další formy spolupráce

- (1) Smluvní strany budou spolupracovat podle vnitrostátních právních předpisů, zejména:
- a) při přípravě poskytování pomoci.
 - b) při prevenci a zmírňování následků katastrof nebo velkých havárií tím, že si budou vyměňovat informace vědeckotechnického charakteru a organizovat setkání, výzkumné programy, odborné kurzy a nácvik poskytování pomoci na území obou smluvních stran,
 - c) při výměně informací týkajících se nebezpečí a škod, které mohou vzniknout a rozšířit se i na území druhé smluvní strany; vzájemně předávání informací zahrnuje i průběžné sdělování naměřených hodnot.
- (2) Ustanovení této smlouvy platí přiměřeně i pro společná cvičení, jakož i pro poskytování pomoci v rámci běžné sousedské pomoci.

Článek 15

Urovnávání sporů

Názorové rozdíly týkající se provádění této smlouvy, které nebudou moci přímo odstranit orgány uvedené v článku 3 odstavci 1, urovnají smluvní strany diplomatickou cestou.

Článek 16

Jiné smluvní úpravy

Stávající smluvní úpravy mezi smluvními stranami zůstávají nedotčeny.

Článek 17

Závěrečná ustanovení

- (1) Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou.
- (2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne měsíce následujícího po měsíci, v němž si smluvní strany vzájemně písemně diplomatickou cestou sdělí, že byly splněny příslušné vnitrostátní podmínky pro její vstup v platnost.
- (3) Tato smlouva může být kdykoli písemně vypovězena diplomatickou cestou. V takovém případě pozbyde platnosti šest měsíců ode dne doručení výpovědi.
- Dáno v Vídni dne 14. prosince 1998 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

Karl Schlögl

Za Českou republiku:

Václav Grulich

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE CZECH
REPUBLIC ON MUTUAL ASSISTANCE IN THE EVENT OF DISASTERS
OR SERIOUS ACCIDENTS

The Republic of Austria and the Czech Republic (hereinafter referred to as "the Contracting Parties"), convinced of the need for cooperation in the sphere of mutual assistance in the event of disasters or serious accidents, have agreed as follows:

Article 1. Purpose

This Treaty lays down the conditions for voluntary assistance in the event of disasters or serious accidents to be rendered upon the request of the authorities of the other Contracting Party referred to in Article 3 (1), through the deployment of emergency teams, individual emergency workers, materials or information.

Article 2. Definitions

The term "disaster or serious accident" means an exceptional event that has already occurred or is imminent and is limited in time and space, which arises in connection with the operation of technological equipment, destructive natural forces or the use of dangerous materials and their transport, and may lead to a hazard to human or animal life or health, an environmental hazard, a threat to property, severe economic losses or ecological damage, and which cannot be controlled by the affected Contracting Party's own efforts;

The term "requesting State" means the Contracting Party whose competent authorities, as referred to in Article 3 (1), request emergency assistance from the other Contracting Party;

The term "assisting State" means the Contracting Party whose competent authorities, as referred to in Article 3 (1), respond to a request for emergency assistance from the other Contracting Party;

The terms "emergency teams" or "individual emergency workers" mean persons designated by the assisting State to provide emergency assistance;

The term "equipment" means the materials, in particular the technical devices, vehicles and rescue dogs for the emergency operation, as well as the items for personal use;

The term "emergency aid supplies" means goods intended for distribution free of charge to the affected population in the territory of the requesting State.

Article 3. Competent authorities

(1) The authorities competent to make and receive requests for assistance shall be:

For the Republic of Austria:

The Federal Minister of the Interior;

The Government of the province of Lower Austria;

The Government of the province of Upper Austria;

For the Czech Republic:

The Ministry of the Interior.

(2) The Contracting Parties shall inform each other through the diplomatic channel of the addresses and telephone and telex numbers of the competent authorities referred to in paragraph 1.

(3) The authorities of the Contracting Parties referred to in paragraph 1 are empowered to contact one another directly for the purpose of implementing this Treaty.

Article 4. Type and scale of assistance

(1) Assistance may be provided through the deployment of emergency teams or individual emergency workers, the dispatch of emergency aid supplies or in another appropriate manner, the type and scale of the assistance being agreed upon by the authorities referred to in Article 3 (1) following the request for assistance.

(2) Emergency teams or individual emergency workers, equipment and emergency aid supplies may be transported overland, by air or by water.

Article 5. Border crossing and residence

(1) The members of an emergency team may cross the border without travel documents and stay in the territory of the requesting State without a visa or residence permit for the duration of the emergency operation. The leader of an emergency team shall be required to show upon request a document attesting to his status or mandate and containing a list of the names of the emergency team members.

(2) The members of an emergency team and individual emergency workers shall not require a work permit for activities forming part of an emergency operation in the territory of the other Contracting Party.

(3) In cases of particular urgency, the members of an emergency team may also cross the border outside border crossing points. In such cases a competent border surveillance authority shall immediately be informed thereof.

(4) Members of an emergency team may wear uniforms in the territory of the requesting State to the extent that this is part of their normal equipment. An emergency team from an assisting State may use its own warning signs on its vehicles in the territory of the requesting State.

Article 6. Border crossing of equipment and emergency aid supplies

(1) The Contracting Parties shall facilitate the entry and exit of equipment and emergency aid supplies. The leader of an emergency team crossing the border is required only to provide the border control authorities of the requesting State with a list of the equipment

and emergency aid supplies being brought in. If, in cases of particular urgency, the border is crossed outside border crossing points, this list shall be handed over to a competent customs office at the first opportunity.

(2) Emergency teams or individual emergency workers may not bring with them articles other than equipment and emergency aid supplies. Firearms and ammunition may not be brought into the territory of the requesting State.

(3) The prohibitions and restrictions on transfrontier traffic of goods shall not apply to equipment and emergency aid supplies. If the equipment has not been used or destroyed it shall be re-exported. Where equipment is left behind as emergency aid supplies, its type, quantity and location shall be reported to the authority of the requesting State referred to in Article 3 (1), which shall notify the competent customs office thereof.

(4) The provisions of paragraph 3 shall also apply to the entry of narcotics and psychotropic substances into the requesting State and the re-export of unused quantities to the assisting State. Such movements of goods shall not be deemed to be imports and exports within the meaning of international conventions on narcotics and psychotropic substances. Narcotics and psychotropic substances may be brought in only to meet an urgent medical need and may be used only by qualified medical personnel acting in accordance with the law of the Contracting Party to which the emergency team or individual emergency worker belongs. Narcotics and psychotropic substances consumed shall be included in the consumption statistics of the assisting State.

(5) The Contracting Parties shall, subject to reciprocity, allow the equipment in the requesting State to be entered for temporary duty-free use without formalities and without the posting of a bond and to exempt it and emergency aid supplies from all duties, taxes and other import charges insofar as they are used up or left behind.

Article 7. Operations using aircraft

(1) Aircraft may be used not only for the speedy transport of emergency teams or individual emergency workers under Article 4 (2) but also directly for emergency aid.

(2) Each Contracting Party shall permit aircraft used in accordance with paragraph 1 and taking off from the territory of the other Contracting Party to overfly its territory and to land at and take off from points other than airports with border and customs controls and approved airfields.

(3) The use of aircraft in an emergency operation shall be reported in advance to the competent authority of the other Contracting Party with information concerning the aircraft type, crew, cargo, landing site and anticipated time of arrival.

(4) Subject to the provisions of paragraph 2, the air traffic regulations of the Contracting Parties and the procedure agreed by both sides shall apply to flights across the border. The flight plan concerned must contain a reference to this Treaty.

Article 8. Coordination and control

(1) The authorities of the requesting State shall be responsible for the coordination and direction of the rescue and emergency operations.

(2) Instructions for the emergency teams of the assisting State shall be transmitted only to their leaders, who shall brief their personnel on the plan of action.

(3) The authorities of the requesting State shall extend protection and assistance to the emergency teams or individual emergency workers of the assisting State.

Article 9. Operational costs

(1) The assisting State shall have no claim against the requesting State for reimbursement of the cost of the assistance rendered. This shall also apply to costs arising from consumption of, damage to or loss of equipment. The requesting State shall bear the cost of assistance rendered by natural or legal persons which the assisting State arranges on request merely as an intermediary.

(2) The emergency teams or individual emergency workers of the assisting State shall, for the duration of the operation in the requesting State and at its expense, receive logistical help, including medical treatment, in case of need.

Article 10. Damages and compensation

(1) Each Contracting Party shall waive all claims for compensation against the other Contracting Party or its designated emergency personnel:

(a) For damage to property caused by a designated emergency worker in the line of duty;

(b) For damage relating to injury, damage to health or the death of a designated emergency worker incurred in the line of duty.

This shall not apply if the damage was caused deliberately or through gross negligence.

(2) If damage is done to third parties in the territory of the requesting State by a designated emergency worker of the assisting State in the line of duty, the requesting State shall incur liability for the damage in accordance with the provisions that would have applied if the damage had been caused by its own designated emergency personnel.

(3) The requesting State shall have no right of recourse against the assisting State or its designated emergency personnel. However, where a designated emergency worker of the assisting State has inflicted damage on a third party deliberately or through gross negligence, the requesting State may exercise a right of recourse against the assisting State.

(4) The authorities of the Contracting Parties shall cooperate closely in accordance with their national laws to facilitate settlement of claims for damages and compensation. They shall, in particular, exchange all the information at their disposal concerning instances of loss or damage covered by this article.

Article 11. Evacuees

(1) The provisions of Article 5 (1) and (3) shall also apply, *mutatis mutandis*, to persons who have to be evacuated in the event of a disaster or serious accident.

(2) Persons who, in the event of a disaster, have crossed into the territory of the other Contracting Party as evacuees and their escorts shall receive the necessary assistance there until the earliest opportunity for their return. The requesting State shall reimburse the costs of such assistance and repatriation.

(3) Each Contracting Party shall be obliged to take back persons who crossed from its territory into the territory of the other Contracting State as evacuees and their escorts. Any such persons who are not nationals of the Contracting Party to which they are returning shall retain the same alien status they had before crossing the border.

Article 12. Telecommunication links

The authorities of both Contracting Parties referred to in Article 3 (1) of this Treaty shall take all necessary steps to provide secure communication between the authorities and the emergency teams at the site of operations.

Article 13. Cessation of assistance

The emergency teams or individual emergency workers must immediately cease their activities if instructed to do so by the authorities referred to in Article 3 (1); otherwise they shall cease their activities after their mission has been accomplished. The emergency teams and individual emergency workers must immediately thereafter leave the territory of the requesting State.

Article 14. Other forms of cooperation

(1) The Contracting Parties shall work together in accordance with national law, in particular:

(a) In preparing the assistance;

(b) To prevent and reduce the consequences of disasters or serious accidents by exchanging scientific and technical information and arranging meetings and research programmes, specialized courses and emergency assistance training exercises in the territory of both Contracting Parties;

(c) To exchange information on the hazards and damage that arise and may affect the territory of the other Contracting Party; mutual information shall also include continuous transmission of measurement data.

(2) The provisions of this Treaty shall also apply *mutatis mutandis* to joint training exercises and assistance rendered as part of normal mutual aid.

Article 15. Settlement of disputes

Disputes relating to the implementation of this Treaty that cannot be settled directly by the authorities referred to in Article 3 (1) shall be resolved by the Contracting Parties through the diplomatic channel.

Article 16. Other contractual arrangements

Existing contractual arrangements between the Contracting Parties shall be unaffected.

Article 17. Final provisions

(1) This Treaty is concluded for an indefinite period.

(2) This Treaty shall enter into force on the first day of the month following the month in which the Contracting Parties have notified each other in writing through the diplomatic channel that the respective national conditions for ratification have been fulfilled.

(3) This Treaty may be denounced at any time in writing through the diplomatic channel; in such a case it shall cease to have effect six months after the day on which the denunciation was received.

Done at Vienna on 14 December 1998 in duplicate in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

KARL SCHLÖGL

For the Czech Republic:

VÁCLAV GRULICH

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE
TCHÈQUE CONCERNANT L'ASSISTANCE RÉCIPROQUE EN CAS DE
CATASTROPHES OU D'ACCIDENTS GRAVES

La République d'Autriche et la République tchèque (ci-après dénommées "les Parties contractantes") partagent la conviction qu'une coopération dans le domaine de l'assistance mutuelle en cas de catastrophe ou d'accident grave est nécessaire et sont convenues de ce qui suit :

Article premier. Objet

Le présent Traité détermine les conditions dans lesquelles une assistance volontaire en cas de catastrophe ou d'accident grave peut être fournie par une Partie contractante, suite à une requête formulée par les autorités citées dans le paragraphe 1 de l'article 3, à l'autre Partie contractante, par l'envoi d'équipes de secours, d'experts individuels, de matériel ou d'informations.

Article 2. Définition des termes

"Catastrophe ou accident grave" : un événement déjà survenu ou dont la menace est imminente, au déroulement partiellement ou totalement hors de contrôle, limité dans le temps et l'espace, résultant de l'utilisation d'installations techniques, de forces naturelles dévastatrices, du contact avec des substances dangereuses et de leur transport, et qui pourrait constituer un péril pour la vie ou la santé des personnes et des animaux, une menace pour l'environnement et pour les biens, entraîner des pertes économiques substantielles ou causer de sérieux dégâts écologiques, et qui ne peut pas être maîtrisé par les seules capacités de la Partie contractante affectée;

"État requérant une aide" : la Partie contractante dont les autorités citées dans le paragraphe 1 de l'article 3 demandent à l'autre Partie contractante de fournir une assistance;

"État fournissant une assistance" : la Partie contractante dont les autorités citées dans le paragraphe 1 de l'article 3 donnent suite à la requête provenant de l'autre Partie contractante;

"Équipes de secours" ou "experts individuels" : une ou plusieurs personnes sélectionnées pour participer aux mesures de secours décidées par l'État fournissant une assistance;

"Objets d'équipement" : le matériel, tout particulièrement les appareils techniques, les moyens de transport et les chiens de secours utilisés lors des opérations, ainsi que des biens d'équipement destinés à leur propre ravitaillement;

"Moyens de secours" : les marchandises destinées à être distribuées gratuitement aux populations sinistrées résidant sur le territoire de l'État requérant une aide.

Article 3. Autorités compétentes

1. Les autorités compétentes pour formuler ou recevoir une demande d'assistance sont:

- du côté de la République d'Autriche,
le Ministre fédéral de l'Intérieur;
le Gouvernement régional de Bassc-Autriche;
le Gouvernement régional de Haute-Autriche;
- du côté de la République tchèque,
le Ministère de l'Intérieur.

2. Les deux Parties contractantes se font parvenir par la voie diplomatique les adresses et les coordonnées de télécommunications des autorités indiquées dans le paragraphe 1 du présent article.

3. Les autorités indiquées dans le paragraphe 1 du présent article sont autorisées à se contacter directement lorsque leurs actions visent à mettre en oeuvre le présent Traité.

Article 4. Nature et étendue de l'assistance

1. L'assistance peut être fournie par des équipes de secours ou des experts individuels, par l'envoi de moyens de secours ou sous toute autre forme appropriée, la nature et l'étendue de l'assistance fournie suite à une requête devant être décidées par les autorités indiquées dans le paragraphe 1 de l'article 3.

2. Les équipes de secours ou les experts individuels, les biens d'équipement et les moyens de secours peuvent être acheminés par voie terrestre, aérienne ou fluviale.

*Article 5. Passage de la frontière
et conditions de séjour*

1. Les membres des équipes de secours peuvent franchir la frontière sans documents de voyage et séjourner sur le territoire national de l'État requérant une aide, sans visa et sans permis de séjour, pendant la durée des opérations de secours. Sur demande, le chef d'une équipe de secours doit présenter un document attestant son rang ou sa mission et une liste donnant les noms des membres de l'équipe de secours.

2. Lors du déroulement d'une opération de secours, les membres des équipes ou les experts individuels sont dispensés de l'obligation de permis de travail pour mener à bien leurs activités sur le territoire de l'autre Partie contractante.

3. En cas d'extrême urgence, les membres d'une équipe de secours peuvent franchir la frontière en dehors des points de contrôle. Dans cette éventualité, le service chargé de la surveillance de la frontière doit être informé sur-le-champ.

4. Les membres d'une équipe de secours sont autorisés à porter des uniformes sur le territoire national de l'État requérant, dans la mesure où ceux-ci font partie de leur équipement habituel. Les équipes de secours de l'État fournissant une assistance sont autorisées

à utiliser, sur le territoire national de l'État requérant, les avertisseurs installés sur leurs véhicules.

*Article 6. Passage de la frontière des biens d'équipement
et des moyens de secours*

1. Les Parties contractantes facilitent l'importation et l'exportation des biens d'équipement et les moyens de secours. Lors du passage de la frontière, le chef d'une équipe de secours doit simplement remettre aux fonctionnaires assurant le contrôle des frontières de l'État requérant un inventaire des biens d'équipement et des moyens de secours emportés. Dans les cas où la frontière doit être franchie hors des points de contrôle pour faire face à une situation particulièrement urgente, l'inventaire doit être remis dès que possible aux autorités de douane compétentes.

2. A l'exception des biens d'équipement et des moyens de secours, les membres d'une équipe de secours ou les experts individuels ne sont pas autorisés à importer d'autres marchandises. Des armes à feu et des munitions ne doivent pas être introduites sur le territoire national de l'État requérant une aide.

3. Les interdictions et restrictions relatives au transport transfrontalier des marchandises ne s'appliquent pas aux biens d'équipement et aux moyens de secours. Les biens d'équipement doivent être réexportés, dans la mesure où ils n'ont pas été détruits ou consommés. Dans les cas où des biens d'équipement sont laissés sur place pour servir de moyens de secours, les modèles et les quantités feront l'objet d'une notification aux autorités citées dans le paragraphe 1 de l'article 3 de l'État requérant, lesquelles en informeront les autorités de douane compétentes.

4. Les dispositions du paragraphe 3 du présent article s'appliquent également à l'importation vers l'État requérant de stupéfiants et de substances psychotropes et à la réexportation des quantités non consommées vers l'État fournissant une assistance. Cet échange de marchandises n'est pas à considérer comme une importation et une exportation dans l'esprit des accords internationaux sur les stupéfiants et les substances psychotropes. Les stupéfiants ne peuvent être importés que pour répondre à un besoin médical urgent et ne pourront être utilisés que par un personnel médical agissant conformément aux dispositions légales de la Partie contractante dont dépendent les équipes de secours ou les experts individuels. Les quantités consommées de stupéfiants et de substances psychotropes sont inscrites dans les statistiques de consommation de l'État fournissant une assistance.

5. Sur la base de la réciprocité, les Parties contractantes autorisent l'utilisation temporaire et gratuite des biens d'équipement sur le territoire national de l'État requérant, sans formalités et sans demander de garantie; lorsqu'ils sont consommés ou laissés sur place, ces biens d'équipement ne seront pas visés par des droits de douane, des impôts ou toute forme de taxe à l'importation.

Article 7. Utilisation d'aéronefs

1. Des aéronefs pourront être utilisés non seulement pour le transport rapide des équipes de secours selon les termes du paragraphe 2 de l'article 4, mais aussi directement pour des missions de secours.

2. Chaque Partie contractante autorise les aéronefs utilisés à partir du territoire national de l'autre Partie contractante, selon les termes du paragraphe 1 du présent article, à survoler son propre territoire et à atterrir et décoller en dehors des aérodromes agréés et des aéroports dotés d'installations pour le contrôle douanier et frontalier.

3. L'utilisation d'aéronefs lors d'une opération de secours doit être précédée de la transmission aux autorités compétentes de l'autre Partie contractante d'informations sur le type d'aéronef, l'équipage, la cargaison, le lieu d'atterrissage et l'heure d'arrivée prévue.

4. Sauf dans les circonstances mentionnées au paragraphe 2 du présent article, le franchissement aérien de la frontière doit respecter la réglementation juridique du transport aérien et suivre les procédures agréées réciproquement à cet effet. Le plan de vol concerné doit mentionner le présent Traité.

Article 8. Coordination et commandement général

1. Les autorités de l'État requérant sont chargées de la coordination et du commandement des opérations.

2. Les missions devant être accomplies par les équipes de secours de l'État fournissant une assistance sont exclusivement confiées à leurs chefs, lesquels donnent à leurs subordonnés les instructions nécessaires pour les exécuter.

3. Les autorités de l'État requérant accordent protection et assistance aux équipes de secours ou aux experts individuels en provenance de l'État fournissant une assistance.

Article 9. Frais afférents à l'assistance

1. L'État fournissant une assistance ne peut pas faire valoir face à l'État requérant une aide des revendications portant sur le remboursement des frais afférents à l'assistance. Cela vaut également pour les coûts résultant de l'utilisation, de la détérioration ou de la perte des biens d'équipement. L'État requérant assume les frais afférents à l'assistance fournie par des personnes physiques ou morales quand l'État fournissant une assistance répondant à une enquête, n'a servi que d'intermédiaire avec celles-ci.

2. Pendant la durée des opérations de secours, l'État requérant fournit, en cas de besoin et à ses frais, un soutien logistique, y compris médical, aux équipes de secours et aux experts individuels en provenance de l'État fournissant une assistance.

Article 10. Dédommagements

1. Chaque Partie contractante renonce à toute demande à l'encontre de l'autre Partie contractante ou des secouristes qu'elle a sélectionnés pour l'assistance, en ce qui concerne l'indemnisation :

- a) de dommages matériels causés par un secouriste au cours des opérations de secours;
- b) du préjudice résultant d'une blessure corporelle, d'une maladie ou du décès d'un secouriste, survenus dans le cadre du déroulement d'une opération de secours.

Ceci ne s'applique pas lorsque le dommage résulte d'un acte prémédité ou d'une grave négligence.

2. Lorsque, dans le cadre d'une opération de secours sur le territoire de l'État requérant, un ressortissant de l'État fournissant une assistance cause un dommage à des tiers, l'État requérant est responsable, aux termes des dispositions légales applicables dans le cas d'un dommage causé par un ressortissant dudit État, qui serait appelé à accomplir une mission de secours.

3. L'État requérant n'engage pas d'action récursoire à l'encontre de l'État fournissant une assistance ou des personnes que ce dernier a dépêchées pour aider. Mais dans le cas où un secouriste envoyé par l'État fournissant une assistance a causé à des tiers des dommages résultant d'un acte prémédité ou d'une grave négligence, l'État requérant peut engager une action récursoire à l'encontre de l'État fournissant une assistance.

4. Les autorités des Parties contractantes coopèrent étroitement, selon les dispositions de leurs législations nationales, afin de faciliter le règlement des demandes relatives aux dommages-intérêts et aux indemnisations. Elles échangent notamment toutes les informations dont elles disposent sur les dommages visés au présent article.

Article 11. Personnes évacuées

1. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 de l'article 5 s'appliquent, selon le contexte, aux personnes devant être évacuées en cas de catastrophe ou d'accident grave.

2. Les personnes parvenues sur le territoire national de l'autre Partie contractante, au cours de l'évacuation provoquée par une catastrophe ou un accident grave, et leurs accompagnateurs, y reçoivent l'aide nécessaire jusqu'au moment où leur retour est possible. L'État requérant rembourse les frais afférents à l'assistance et au rapatriement des personnes sinistrées.

3. Chaque Partie contractante est tenue de réadmettre sur son territoire les personnes évacuées et leurs accompagnateurs qui ont été acheminés sur le territoire national de l'autre Partie contractante. Dans la mesure où ils ne sont pas ressortissants de la Partie contractante qui les réadmet, les intéressés restent assujettis au statut sur les étrangers, qui s'appliquait préalablement au franchissement de la frontière.

Article 12. Réseaux de télécommunications

Les autorités visées au paragraphe 1 de l'article 3 du présent Traité prennent toutes les mesures nécessaires pour garantir une liaison sûre entre les autorités et les équipes de secours présentes sur le terrain.

Article 13. Fin de la fourniture de l'assistance

Les équipes de secours ou les experts individuels doivent immédiatement cesser leurs activités lorsque les autorités visées au paragraphe 1 de l'article 3 le décrètent; autrement, ils le font lorsque leur mission est accomplie. Ensuite, les équipes de secours et les experts individuels doivent aussitôt quitter le territoire national de l'État requérant.

Article 14. Autres formes de coopération

1. En respectant les dispositions de leurs législations nationales, les Parties contractantes collaborent tout particulièrement :

- a) à la préparation des opérations de secours;
- b) à la prévention et à la réduction des effets causés par des catastrophes et des accidents graves en échangeant des informations de nature scientifique et technique et en prévoyant l'organisation, sur les territoires nationaux des deux Parties contractantes, de rencontres, de programmes de recherche, de formation spécifique et d'exercices portant sur des opérations de secours;
- c) à l'échange d'informations sur les dangers et les dommages qui peuvent survenir et avoir également des conséquences sur le territoire national de l'autre Partie contractante; cette information réciproque comprend également la transmission des données pertinentes.

2. Les dispositions du présent Traité s'appliquent dans leur esprit aux exercices communs et aux opérations de secours entreprises dans le cadre des relations de bon voisinage traditionnelles.

Article 15. Règlement des différends

Les Parties contractantes règlent par la voie diplomatique les différends relatifs à l'application du présent Traité, que les autorités visées au paragraphe 1 de l'article 3 n'aient pas pu régler directement.

Article 16. Incidence sur d'autres accords

Le présent Traité n'affecte pas les accords en vigueur conclus entre les Parties contractantes.

Article 17. Dispositions finales

1. Le présent Traité est conclu pour une période indéterminée.
2. Le présent Traité entre en vigueur le premier jour du mois suivant celui durant lequel les Parties contractantes se sont notifiées par la voie diplomatique que les conditions requises par les législations nationales ont été réunies.
3. Le présent Traité peut être résilié à tout moment par notification écrite transmise par la voie diplomatique; dans ce cas, sa validité prend fin six mois après la réception de la notification de la résiliation.

Fait à Vienne le 14 décembre 1998 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux versions faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

KARL SCHLÖGL

Pour la République Tchèque :

VÁCLAV GRULICH